

Presse-Info  
26.12.08

**SPERRFRIST: Freitag, 26.12.2008, 12 Uhr**

**Interview mit Dr. Detmar Doering, Leiter des Liberalen Instituts  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit**

zur Studie „Wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern 2008“

*Der Bericht der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit über die wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern hat in den vergangenen zwei Jahren eine erfreulich große Aufmerksamkeit gefunden. In diesem Jahr haben wir die Studie auf der Datenbasis des Jahres 2006 aktualisiert. Dazu Fragen von Ivo Podgorny an Dr. Detmar Doering, Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, welche die Studie in Auftrag gegeben hat.*

**Herr Dr. Doering, Sie haben nunmehr die dritte Auflage der Studie zur wirtschaftlichen Freiheit in den Bundesländern vorgelegt. Was ist Ihr Fazit?**

Dr. Doering: In der aktuellen Ausgabe führt Bayern sowohl den Vergleich der Länder an, vor Baden-Württemberg. Die wirtschaftliche Freiheit in den ostdeutschen Ländern ist im Durchschnitt geringer als in den alten Bundesländern, vor allem deshalb, weil die Staatstätigkeit in den neuen Ländern erheblich größer ist. Brandenburg und Thüringen stehen unter den neuen Ländern noch am besten dar und liegen nur knapp hinter Bremen.

**Auf dem letzten Platz hat sich ebenso wenig verändert wie an der Spitze...**

Dr. Doering: Ja, Berlin liegt am Ende der Rangliste, weil dort der Staatskonsum besonders hoch ist, besonders viele staatliche Subventionen gezahlt werden und ein besonders großer Teil der Erwerbstätigen beim Staat beschäftigt ist. Allerdings konnte Berlin seine Werte leicht verbessern – hier zeigt der Sparkurs Wirkung. Es

reicht aber noch nicht, um die Hauptstadt im Vergleich der Länder voranzubringen.

**Sie messen in der Studie die wirtschaftliche Freiheit, was verstehen Sie eigentlich genau darunter?**

Dr. Doering: Wirtschaftliche Freiheit ist dann gegeben, wenn die Menschen unbeeinflusst durch Zwang ihren Geschäften nachgehen, ihre Arbeitskraft und Güter nutzen und Güter produzieren oder tauschen können. Die wirtschaftliche Freiheit kann durch Regierungen und Parlamente vermindert werden, die durch Besteuerung sowie direkte oder indirekte Eingriffe in Märkte die Tauschfreiheit beeinflussen oder behindern. Die wirtschaftliche Freiheit ist aber auch dann nur eingeschränkt gegeben, wenn die Eigentumsrechte der Menschen vor Raub und Diebstahl nicht hinreichend geschützt sind.

**Die Studie ist also ganz im Sinne des Wettbewerbs unter den Ländern, wer hat sich denn im Vergleich zum Vorjahr verbessert und wer verschlechtert?**

Dr. Doering: Nun, dramatische Veränderungen hat es diesmal nicht gegeben. Bis auf eine Ausnahme haben sich die Länder im Ranking um höchstens eine Position verschoben. Einzig Brandenburg verlor zwei Plätze und rangiert nun auf Rang 12. Im Vergleich zum Vorjahr konnten sich sonst die Länder Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt leicht verbessern. Brandenburg (wie erwähnt), Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein verschlechterten sich. Die Werte blieben gleich für Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Thüringen.

**Dr. Doering, haben Sie vielen Dank für die Auskünfte.**